

Interview:

mit dem neuen nepalesischen Premierminister Man Mohan Adhikary

Nach den vorgezogenen Neuwahlen vom 15. November hat ihre Partei, die 'Communist Party of Nepal - United Marxist-Leninist' (CPN-UML), die Regierung gebildet. Daß mit der CPN-UML eine zumindest dem Namen nach kommunistische Partei an die Macht gekommen ist, wird nach dem Zusammenbruch des Ostblocks von vielen als Anachronismus angesehen. Wie erklären Sie sich diesen Erfolg?

Wir sind in dieser Bewegung nun seit ungefähr einem halben Jahrhundert. Wir betrachten die Philosophie des Marxismus-Leninismus als eine Art Richtschnur, nicht so sehr als ein dogmatisches Konzept. Wir ließen uns nie so sehr von marxistischen Prinzipien beeinflussen, daß wir uns von der Realität unseres Landes entfermt

straft werden. In unserer Verfassung sind die Menschenrechte zwar garantiert, aber solange wie wir keine ausführenden Bestimmungen haben, kann dieser Schutz nicht umgesetzt werden. Drittens werden wir die Medien mehr oder weniger unabhängig machen. Wir werden die Bürgerrechte und die Pressefreiheit stärken. Und schließlich werde ich versuchen sicherzustellen, daß Wahlen fair und unbeeinflußt vom Staat ablaufen können. Daher wollen wir der Wahlkommission mehr Macht geben. Sie muß die Möglichkeit haben, Wahlen zu organisieren, ohne daß sich Regierung und Verwaltung einmischen. Außerdem werden wir Personalausweise einführen, um die Identifizierung der Wähler zu erleichtern.



Premierminister Adhikari betrachtet eine Aufzeichnung seines jüngsten Fernsehauftritts (Foto: Bikas Rauniar)

hätten. Daher akzeptieren wir auch den König als einen konstitutionellen Monarchen, das Mehrparteiensystem gehört zu unseren Idealen. Wir haben ungefähr ein Jahrzehnt gebraucht, um zu dieser Schlußfolgerung zu kommen. Sie hat uns aber letztlich an die Regierung gebracht. Es ist allerdings etwas Neues, daß Kommunisten durch Wahlen an die Macht kommen, und ich denke, wir haben etwas Unterstützung aus dem In- und Ausland verdient.

Was sind die dringendsten Probleme, die Sie nun angehen wollen?

Meine Absicht ist es, im ersten Jahr unserer Regierung vor allem das politische, das demokratische System zu konsolidieren. Zunächst einmal müssen alle Gesetze, die noch aus der Zeit des Panchayats stammen und nicht in Einklang mit der Verfassung stehen, abgeschafft werden. Dann wollen wir ein Gesetz verabschieden, daß den Schutz der Menschenrechte vollständig gewährleistet. Personen, die gegen die Menschenrechte verstoßen, müssen be-

Zu den wesentlichen Punkten des Wahlprogrammes Ihrer Partei gehört auch eine umfassende Landreform. Welche konkreten Pläne haben Sie?

Die Reformen im Agrarsystem sind unsere zweite Priorität. Zur Zeit haben wir mehr als zwei Millionen besitzlose Landarbeiter. Wir wollen daher einen Wandel in den landwirtschaftlichen Strukturen. Die Obergrenze für Landbesitz muß reduziert werden. Bei der von uns geplanten Umverteilung von Land werden wir nicht die Großgrundbesitzer entschädigen, wohl aber jene mit mittlerem, kleinerem Grundbesitz. Wir werden die Bauern zudem ermutigen, sich in Kooperativen zu organisieren. Wir werden wissenschaftliche Anbaumethoden fördern, um den Ertrag zu erhöhen.

Muß die gerade erst liberalisierte Wirtschaft unter Ihrer Regierung mit neuen Einschränkungen rechnen?

Abgesehen von einigen Schlüsselindustrien, die wichtig für das Wohlergehen der Menschen sind, werden wir Industrie und Handel völlige Freiheit lassen. Wir werden Investitionen und Joint Ventu-

res etwa durch Steuererleichterungen fördern. Ausländisches Kapital ist in Nepal sicher. Wir begrüßen Investitionen in jedem Bereich, etwa dem Hotel- oder Tourismusbereich oder im Energiesektor. Wir möchten jedoch vor allem exportorientierte Industriezweige entwickeln. Wir haben zum Beispiel ein großes Vorkommen an Naturheilpflanzen. Auch hier könnten ausländische Investoren aktiv werden. Was ich betonen möchte ist: Wir haben unsere Wirtschaftspolitik der internationalen Wirtschaft angeglichen. Ohne Öffnung zur Weltwirtschaft gibt es keinen Fortschritt.

Die CPN-UML hat in den vergangenen Jahren der Regierung vorgeworfen, sich gegenüber Indien zu willfährig zu zeigen. Wird sich die nepalesische Außenpolitik grundsätzlich ändern?

Während des Koirala-Regimes war unsere Außenpolitik zu einseitig. Wir werden dies ausgleichen. Nepal wird zu Indien und zu China dieselbe Freundschaft pflegen. Ein Land, das zwischen diesen beiden bedeutenden Staaten mit unterschiedlichen historischen Traditionen und Kulturen liegt, kann es sich nicht leisten, zu sehr zur einen oder anderen Seite auszuschlagen. Im Übrigen wollen wir freundschaftliche Beziehungen zu fast allen Ländern der Welt und den internationalen Finanzinstitutionen pflegen. Unsere Außenpolitik wird nicht von ideologischen Aspekten beeinflusst.

Die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland ist für Nepal nach wie vor von größter Bedeutung. Gibt es Anzeichen für eine größere internationale Zurückhaltung angesichts der Tatsache, daß Nepal nun kommunistisch regiert wird?

Nein. Tatsächlich haben alle Regierungen uns ihre Unterstützung versichert. Nicht nur das, sie haben auch zusätzliche Hilfen in Aussicht gestellt, wenn unsere Regierung erfolgreich ist. Nun hängt alles von unserer Arbeit ab. Wenn wir die Korruption einschränken können, wenn wir die Hilfen und Kredite, die wir von befreundeten Ländern und Institutionen erhalten, auch zu den Menschen bringen können, wird das honoriert werden.

Die CPN-UML verfügt im Parlament nicht über die absolute Mehrheit, Sie selbst stehen an der Spitze einer Minderheitsregierung. Wie glauben Sie, unter diesen Voraussetzungen ihre Pläne verwirklichen zu können?

Es war die Politik Koiralas, die zu diesen unerwünschten vorgezogenen Neuwahlen führte. Er wollte uns verdrängen, stattdessen wurde er geschlagen. Nun haben wir ein Parlament, in dem niemand über eine Mehrheit verfügt. Das zwingt uns, den Konsens mit anderen Parteien zu suchen. Und es zwingt andere Parteien zum Konsens mit uns, denn derzeit ist nicht daran zu denken, diese Regierung fallen zu lassen. Ein armes Land wie unseres kann es sich nicht leisten, schon wieder Milliarden Rupien für Wahlen auszugeben. Die Menschen lehnen diese Idee ab. Natürlich wird es ohne Mehrheit nicht so leicht werden.

Die bisherige 'Nepali Congress'-Regierung hat das Wasserkraftprojekt Arun III vorbehaltlos unterstützt, trotz der Kritik

von nepalesischen Umweltschützern oder Ingenieuren, die das Staudammprojekt zum Teil für zu groß, zum Teil für zu teuer halten. Auch aus der CPN-UML waren kritische Stimmen zu hören. Wird Nepal nun das 201 Megawatt-Projekt neu überdenken?

Wir wollen bei Arun III mehr Transparenz schaffen und es im Parlament diskutieren. Grundsätzlich haben wir jedoch gegen ein solches Megaprojekt nichts. Wir sind bereit, es zu bauen. Doch wir möchten mehr über die Kosten wissen. Wir wollen zum Beispiel nicht, daß nach der Fertigstellung des Projektes der Preis für den produzierten Strom so hoch ist, daß uns unser potentieller Kunde Indien die Elektrizität nicht abnimmt. Wir haben zu diesem Thema mit verschiedenen Botschaftern und dem Vertreter der Weltbank Gespräche geführt. Wir bewegen uns in die richtige Richtung. Ich denke, daß wir die verbliebenen Fragen bald geklärt haben.

Nepal hat im Ausland in jüngster Zeit vor allem wegen der gravierenden Verschlechterung der Umweltsituation von sich reden gemacht. Wie wichtig ist Ihnen der Natur- und Umweltschutz?

Umweltprobleme treten zur Zeit vor allem in den Städten auf. Auf den Dörfern ist die Luft noch frisch, der Himmel ist klar. Aber schauen Sie sich an, wie fürchterlich Kathmandu geworden ist. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend atmen Sie Abgase ein. Durch die planlose Bebauung wurden die Grünflächen zerstört. Ich habe das Gefühl, daß die Stadt zu einem Dschungel aus Zement und Backsteinen verkommt, ohne sanitäre Anlagen, ohne ein Abwassersystem und ohne medizinische Einrichtungen. Kathmandu war einmal eine sehr schöne Stadt. Jetzt versinkt sie im Dreck. Auch die Hauptflüsse im Kathmandu-Tal, der Bhagmati, der Vishnumati und der Manohara, sterben. Das ist eine große Sorge für uns. Wir müssen sehen, was wir tun können.

Sie haben schon erwähnt, daß Sie gegen die Korruption vorgehen wollen, die ein strukturelles Problem zu sein scheint. Wie wollen Sie das schaffen?

Grundsätzlich ist unsere Gesellschaft korrupt. Korruption existiert sowohl in der Politik als auch in der gesamten Verwaltung. Wir werden gegen die Korruption vorgehen, indem wir das öffentliche Leben in einer klaren und transparenten Weise gestalten. Wir werden an der Spitze anfangen und Schritt für Schritt nach unten gehen. Als Regierung müssen wir völlig frei von Korruption sein. Wenn ich feststelle, daß ein Minister oder andere gegen das Gesetz handeln, werden ich sie vor Gericht bringen. Sehen Sie, wir haben ausländische Kredite in Milliardenhöhe. Riesige Investitionen also, doch das Ergebnis ist gleich Null. Geld kommt in dieses Land, ein Teil geht zurück in die Geberländer, und der Rest verschwindet in den Taschen der Oberklasse. Und für die unteren Schichten ändert sich nichts. Wenn wir als Regierung nicht frei von Korruption und Vetternwirtschaft sind, werden wir scheitern.

(Das Gespräch führte Ulrich Lepartz in Kathmandu)

Internationale Gewerkschaftskonferenz

Mitte Dezember fand in Kathmandu eine Internationale Konferenz unabhängiger Gewerkschaften statt, die sich für eine stärker an den Interessen der Arbeiter ausgerichteten Gewerkschaftsarbeit (pro-worker unionism) und gegen Privatisierungen aussprach. An der Konferenz nahmen 63 Gewerkschaftsvertreter aus 15 Ländern teil, die 38 Gewerkschaften und Organisationen vertraten. In ihrer gemeinsamen Erklärung entwickeln die Gewerkschaften einen Aktionsplan gegen wirtschaftliche Liberalisierung und zur Förderung von 'pro-worker unionism'. Die Konferenzteilnehmer weisen in dieser Erklärung darauf hin, daß die vielfach gepriesene neue Weltordnung nicht auf die Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern zugeschnitten sei, sondern auf die Zunahme von Reichtum und Macht einer globalen Elite, die das Kapital besitzt, zugeschnitten sei. Um die Arbeiterklasse gegen die internationale Dominanz des Kapitals zu schützen, mußten sich die Arbeiter international stärker organisieren, wozu diese Konferenz ein erster Schritt gewesen sei, heißt es in der 'Erklärung von Kathmandu' weiter. Die Konferenzteilnehmer stimmten zu, verstärkt gegen die Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Strukturanpassungspolitik von Internationalem Währungsfond und Weltbank zu kämpfen, da diese nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung seien. Mit dem Beschluß zu einer stärkeren internationalen Zusammenarbeit stellt die Konferenz einen wichtigen Schritt zum Aufbau internationaler Kooperation unabhängiger Gewerkschaften dar.